

Übersetzung

105 – 1506233

Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G20 Gipfeltreffen in Antalya, 15. bis 16. November 2015

Einleitung

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der G20, sind am 15. und 16. November 2015 in Antalya zusammengekommen, um weitere gemeinsame Maßnahmen für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zur Steigerung des Wohlstands unserer Bürger zu beschließen. Wir sind fest entschlossen, ein stabiles und inklusives Wachstum zu gewährleisten, das sowohl mehr als auch bessere Arbeitsplätze schafft. Wir erkennen an, dass die Förderung eines inklusiven Wachstums und die Verankerung von Vertrauen die Nutzung aller Instrumente der Politik und ein starkes Engagement aller Akteure erfordert.

2. Zur Verfolgung unserer Ziele haben wir dieses Jahr eine umfassende Agenda beschlossen, die auf drei Säulen ruht: der entschiedenen *Umsetzung* unserer bisherigen Zusagen, um unsere Versprechen einzulösen, der Erhöhung von *Investitionen* als wirkungsvolle Triebkräfte für mehr Wachstum und der Förderung der *umfassenden Teilhabe* innerhalb unserer Maßnahmen, damit die Vorteile des Wachstums allen zugutekommen. Darüber hinaus haben wir als Teil der Umsetzung dieser Agenda unseren Dialog mit Niedrigeinkommensländern verstärkt.

Stärkung des Aufschwungs und Steigerung des Potenzials

3. Das Wachstum der Weltwirtschaft verläuft ungleichmäßig und bleibt weiterhin trotz der positiven Aussichten in einigen großen Volkswirtschaften hinter unseren Erwartungen zurück. Es bestehen weiterhin Risiken und Unsicherheiten auf den Finanzmärkten und geopolitische Herausforderungen bereiten weltweit zunehmend Anlass zur Sorge. Zusätzlich belasten eine unzureichende Nachfrage sowie strukturelle Probleme nach wie vor sowohl das aktuelle Wachstum als auch das Wachstumspotenzial.

4. Wir werden weiterhin gemeinsam eine solide makroökonomische Politik umsetzen, um ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum zu erzielen. Unsere Währungsbehörden werden auch in Zukunft im Einklang mit ihren Mandaten die Preisstabilität gewährleisten und die Wirtschaftstätigkeit fördern. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, unsere fiskalischen Strategien flexibel umzusetzen, um sich kurzfristig ergebende wirtschaftliche Umstände zu berücksichtigen, und auf diese Weise Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern und gleichzeitig den Schuldenstand im Verhältnis zum BIP auf einen tragfähigen Pfad führen. Wir werden außerdem die Zusammensetzung unserer Haushaltseinnahmen und -ausgaben prüfen, um Produktivität, Teilhabe und Wachstum zu fördern. Wir bleiben der Förderung des globalen Ausgleichs verpflichtet. Wir werden unsere Schritte sorgfältig abstimmen und deutlich kommunizieren, besonders vor dem Hintergrund wichtiger geldpolitischer und politischer Entscheidungen, um Unsicherheit abzumildern, negative Auswirkungen zu minimieren und Transparenz zu stärken. Vor dem Hintergrund von Risiken, die sich aus umfangreichen und volatilen Kapitalströmen ergeben, werden wir die finanzielle Stabilität durch geeignete Rahmenpläne stärken, auch durch die Gewährleistung eines angemessenen globalen Sicherheitsnetzes für den Finanzsektor, und gleichzeitig von den Vorteilen der finanziellen Globalisierung profitieren. Wir bekräftigen

erneut unsere bestehenden Wechselkurs-Verpflichtungen und werden uns allen Formen von Protektionismus widersetzen.

5. Wir sind nach wie vor entschlossen, unser Ziel zu erreichen, das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der G20 bis 2018, wie letztes Jahr in Brisbane verkündet, um zusätzliche 2% zu erhöhen. Unsere oberste Priorität ist die zügige und wirksame Umsetzung unserer Wachstumsstrategien, welche auch Maßnahmen zur Förderung der Nachfrage und strukturelle Reformen zur Förderung des aktuellen Wachstums und des Potenzialwachstums, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Förderung der Teilhabe und zur Reduzierung der Ungleichheit umfassen. Seit dem letzten Jahr haben wir bedeutende Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung unserer Verpflichtungen gemacht und die Hälfte unserer mehrjährigen Zusagen umgesetzt. Analysen von IWF, OECD und der Weltbankgruppe deuten darauf hin, dass diese Umsetzung mehr als ein Drittel unseres gemeinsamen Wachstumsziels ausmacht. Wir erkennen jedoch auch an, dass noch mehr getan werden muss. Wir werden uns stärker bemühen und umgehend Schritte einleiten, um die Umsetzung unserer restlichen Verpflichtungen voranzutreiben. Für unser künftiges Vorgehen werden wir die Umsetzung unserer Verpflichtungen durch einen stabilen Rahmenplan, welchen wir dieses Jahr entwickelt haben, weiterhin genau beobachten. Darüber hinaus werden wir unsere Wachstumsstrategien weiterhin überprüfen und anpassen, um sicherzustellen, dass sie von Bedeutung bleiben für die sich entwickelnden wirtschaftlichen Bedingungen, politischen Schwerpunkte und strukturellen Veränderungen, insbesondere ein langsames Produktivitätswachstum, und weiterhin im Einklang mit unserem gemeinsamen Wachstumsziel stehen. Der Aktionsplan von Antalya, der unsere angepassten Wachstumsstrategien und Zeitpläne zur Umsetzung der wesentlichen Verpflichtungen umfasst, spiegelt unsere Entschlossenheit wider, die globalen Herausforderungen im Wirtschaftsbereich zu meistern.

6. Wir verpflichten uns zu gewährleisten, dass das Wachstum niemanden ausschließt, Arbeitsplätze schafft und allen Teilen unserer Gesellschaften zugutekommt. Die wachsende Ungleichheit in zahlreichen Staaten könnte nicht nur ein Risiko für den sozialen Zusammenhalt und das Wohlergehen unserer Bürger darstellen, sondern kann auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben und unser Ziel, das Wachstum anzukurbeln, behindern. Ein umfangreiches und ausgeglichenes Paket wirtschafts-, finanz-, arbeitsmarkt- sowie bildungs- und sozialpolitischer Maßnahmen wird dabei helfen, die Ungleichheit zu verringern. Wir billigen die Erklärung unserer Arbeitsminister und verpflichten uns, ihre Schwerpunkte umzusetzen, um die Arbeitsmärkte inklusiver zu gestalten, wie es in den politischen Schwerpunkten der G20 zu Lohnquoten und -ungleichgewichten dargelegt ist. Wir ersuchen unsere Finanz- und Arbeitsminister, unsere Wachstumsstrategien und Beschäftigungspläne zu überprüfen, um unsere Maßnahmen gegen Ungleichheiten und zur Förderung eines inklusiven Wachstums zu stärken. Wir erkennen an, dass der soziale Dialog eine entscheidende Rolle für die Erreichung unsere Ziele spielt, und begrüßen daher die Gemeinsame Erklärung der B20 und L20 zu Arbeitsplätzen, Wachstum und guter Arbeit.

7. Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und informelle Arbeitsplätze sind wesentliche Ursachen für Ungleichheit in zahlreichen Staaten und können die zukünftigen Wachstumsaussichten unserer Volkswirtschaften untergraben. Wir konzentrieren uns auf die Förderung von mehr und besseren Arbeitsplätzen im Einklang mit dem G20-Rahmenplan zur Förderung hochwertiger Arbeitsplätze (G20 Framework on Promoting Quality Jobs) und auf Investitionen in die bessere Qualifizierung durch unsere G20-Kompetenzstrategie (G20 Skills Strategy). Wir sind entschlossen, die bessere Integration unserer jungen Bürger in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, auch durch die Förderung von Unternehmertum. Aufbauend auf unseren früheren Verpflichtungen und unter Berücksichtigung unserer nationalen Gegebenheiten vereinbaren wir das Ziel der G20, den Anteil der jungen Menschen, die am stärksten Gefahr laufen, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu

bleiben, in den G20-Staaten bis 2025 um 15 % zu reduzieren. Wir ersuchen die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), uns bei der Kontrolle der Fortschritte in Richtung auf dieses Ziel zu unterstützen. Wir werden die Umsetzung unserer Beschäftigungspläne sowie unserer Ziele zur Reduzierung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Arbeitsmarktbeteiligung und zur Förderung von mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, auch innerhalb nachhaltiger globaler Lieferketten, weiterhin beobachten.

8. Wir werden die derzeitigen Möglichkeiten und Herausforderungen, die sich durch Themen wie internationale Arbeitskräftemobilität und Alterung der Bevölkerung an den Arbeitsmärkten ergeben, angehen. Inländische Arbeitskräftemobilität ist in einigen G20-Staaten ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Thema. Wir erkennen das Potenzial einer prosperierenden Seniorenwirtschaft (Silver Economy) und werden dieses weiter ausloten. Wir ersuchen ferner unsere Arbeitsminister, uns 2016 Bericht über die erzielten Fortschritte zu erstatten.

9. Um einen starken Impuls für die Steigerung von Investitionen, insbesondere durch die Beteiligung des Privatsektors, zu geben, haben wir ehrgeizige, länderspezifische Investitionsstrategien entwickelt, in denen konkrete Politiken und Maßnahmen gebündelt werden, um das Investitionsklima zu verbessern, eine effiziente und hochwertige Infrastruktur zu fördern, auch durch den öffentlichen Sektor, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu unterstützen und den Wissensaustausch zu verstärken. Analysen der OECD deuten darauf hin, dass diese Strategien dazu beitragen würden, die Gesamtinvestitionen der G20 im Verhältnis zum BIP bis 2018 um schätzungsweise einen Prozentpunkt zu erhöhen.

10. Um unsere Prozesse der Investitionsvorbereitung, -priorisierung und -abwicklung zu verbessern, haben wir Leitlinien und bewährte Verfahren für beispielhafte Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor erarbeitet. Wir haben ferner alternative Finanzierungsstrukturen, einschließlich der durch Vermögenswerte gesicherten Finanzierung, sowie einfache und transparente Verbriefungen erwogen, um eine bessere Vermittlung für kleine und mittelständische Unternehmen und Infrastrukturinvestitionen zu ermöglichen. Für unser künftiges Vorgehen rufen wir unsere Minister auf, ihre Arbeit zur Verbesserung des Investitionsklimas fortzusetzen, langfristige Finanzierungen zu fördern, die Beteiligung institutioneller Anleger zu unterstützen, die Entwicklung alternativer Kapitalmarktinstrumente und durch Vermögenswerte gesicherter Finanzierungsmodelle zu unterstützen und die multilateralen Entwicklungsbanken zu ermutigen, ihre Ressourcen zu mobilisieren, ihre Bilanzen zu optimieren sowie die Finanzierung durch private Fördermittel zu beschleunigen. Wir verstärken unsere Bemühungen und entwickeln Instrumentarien, um den Staaten Mittel und Wege für die Vorbereitung, Priorisierung und Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu erschließen. Wir erwarten, dass der globale Infrastruktur-Knotenpunkt (Global Infrastructure Hub) einen maßgeblichen Beitrag zu diesen Bemühungen leistet. Wir billigen die G20-/OECD-Grundsätze der Corporate Governance, um einen starken diesbezüglichen Steuerungsrahmen zu gewährleisten, der private Investitionen unterstützt. Einen besonderen Schwerpunkt haben wir auf die Förderung langfristiger Finanzierung für KMU gelegt, und wir begrüßen den gemeinsamen Aktionsplan zur Finanzierung von KMU, die hochrangigen Prinzipien der G20/OECD zur Finanzierung von KMU als Orientierungshilfe sowie die Einrichtung des vom privaten Sektor geleiteten Welt-KMU-Forums (World SME Forum), einer neuen Initiative, die als globales Gremium dienen soll, um Beiträge der KMU zu Wachstum und Beschäftigung zu ermöglichen.

11. Der Welthandel und weltweite Investitionen bleiben wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und Entwicklung, schaffen Arbeitsplätze und tragen zu Wohlstand und inklusivem Wachstum bei. Wir stellen fest, dass das Wachstum des Welthandels weiterhin

unter dem Vorkrisenniveau liegt. Dies ist eine Folge sowohl konjunktureller als auch struktureller Faktoren. Wir bekräftigen daher erneut unsere feste Zusage, unsere Bemühungen zur Stärkung von Handel und Investitionen besser zu koordinieren, unter anderem durch unsere angepassten Wachstumsstrategien. Inklusive globale Wertschöpfungsketten sind wichtige Triebkräfte des Welthandels. Wir unterstützen politische Strategien, die es Unternehmen jeder Größe, insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen, ermöglichen, sich in Ländern jeder wirtschaftlichen Entwicklungsstufe an globalen Wertschöpfungsketten zu beteiligen und in vollem Umfang von ihnen zu profitieren, und fördern eine größere Beteiligung und Wertsteigerung durch die Entwicklungsländer. Wir bekräftigen ferner erneut unsere langfristige Entschlossenheit, die Tendenz zu protektionistischen Maßnahmen zu stoppen und umzukehren und werden unsere Fortschritte hierbei weiterhin aufmerksam verfolgen. Dafür bitten wir die Welthandelsorganisation (WTO), die OECD und die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), ihre Berichterstattung zu handels- und investitionsbeschränkenden Maßnahmen fortzuführen. Wir ersuchen unsere Handelsminister, sich regelmäßig zu treffen, und einigen uns auf eine unterstützende Arbeitsgruppe.

12. Die WTO bildet das Rückgrat des multilateralen Handelssystems und sollte weiterhin eine zentrale Rolle bei der Förderung von Wirtschaftswachstum und Entwicklung spielen. Wir bekennen uns nach wie vor zu einem starken und effizienten multilateralen Handelssystem und bekräftigen unsere Entschlossenheit, zur Verbesserung seiner Funktionsfähigkeit zusammenzuarbeiten. Wir bekennen uns dazu, für ein erfolgreiches Ministertreffen in Nairobi zusammenzuarbeiten, das ausgewogene Ergebnisse, auch in Bezug auf die Entwicklungsagenda von Doha, und klare Vorgaben für die Arbeit nach Nairobi liefert. Wir werden ferner unsere Bemühungen verstärken müssen, alle Elemente des Bali-Pakets umzusetzen, einschließlich der Elemente in Bezug auf Landwirtschaft, Entwicklung und staatliche Ankaufprogramme (public stockholding) sowie der raschen Ratifizierung und Umsetzung der Vereinbarung über Handelserleichterungen. Wir werden uns weiterhin bemühen, sicherzustellen, dass unsere bilateralen, regionalen und multilateralen Handelsvereinbarungen einander ergänzen, transparent sind und niemanden ausschließen, mit den Regeln der WTO im Einklang stehen und zu einem stärkeren multilateralen, diesen Regeln folgenden Handelssystem beitragen. Wir betonen die wichtige Rolle des Handels bei den globalen Entwicklungsbemühungen und werden auch weiterhin Mechanismen wie Handelshilfen (Aid for Trade) für Entwicklungsländer, die Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten benötigen, fördern.

Stärkung der Widerstandsfähigkeit

13. Wachstum und Entwicklung können nur aufrechterhalten werden, wenn die Widerstandsfähigkeit der Finanzinstitutionen und die Stabilität des Finanzsystems gestärkt werden. Zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des globalen Finanzsystems haben wir weitere Kernelemente der Reform des Finanzsektors vervollständigt. Insbesondere haben wir als zentralen Schritt zur Beendigung des „Too-big-to-fail“ den gemeinsamen internationalen Standard für Verlustabsorptionsfähigkeiten für weltweit tätige systemrelevante Banken finalisiert. Wir haben außerdem der ersten Fassung eines höheren Verlustabsorptionserfordernisses für weltweit tätige systemrelevante Versicherungsgesellschaften zugestimmt.

14. Es muss noch Entscheidendes geleistet werden, um ein stärkeres und widerstandsfähigeres Finanzsystem zu schaffen. Wir sehen insbesondere der weiteren Arbeit zur Widerstandsfähigkeit zentraler Kontrahenten, zu Restrukturierungsplänen und zur Abwicklung erwartungsvoll entgegen und ersuchen den FSB, uns bei unserem nächsten Treffen darüber zu berichten. Wir werden weiterhin sich abzeichnende Risiken und

Schwachstellen innerhalb des Finanzsystems, von denen sich viele außerhalb des Bankensektors ergeben, beobachten und gegebenenfalls angehen. In diesem Zusammenhang werden wir die Aufsicht und Regulierung in Bezug auf das Schattenbankensystem weiter stärken, um die Widerstandsfähigkeit marktbasierter Finanzierung zu gewährleisten, in einer Form, die den systemischen Risiken angemessen ist. Wir sehen weiteren Fortschritten bei der Bewertung des Rückgangs entsprechender Bankdienstleistungen erwartungsvoll entgegen und werden diesen gegebenenfalls angehen. Wir werden unsere Bemühungen zur Erzielung von Fortschritten bei der Umsetzung der Reformen des außerbörslichen Derivategeschäfts (OTC) vorantreiben, auch indem wir Staaten und Gebiete ermuntern, sich dem jeweils anderen zu beugen, wo dies gemäß der St.-Petersburg-Erklärung gerechtfertigt ist. Für unser künftiges Vorgehen verpflichten wir uns zur vollständigen und konsequenten Umsetzung des globalen finanzpolitischen Ordnungsrahmens im Einklang mit den vereinbarten Fristen und werden auch in Zukunft die uneinheitliche Umsetzung in allen Staaten und Gebieten überwachen und dagegen angehen. Wir begrüßen den ersten Jahresbericht des FSB zur Umsetzung von Reformen und zu deren Auswirkungen. Wir werden auch in Zukunft die Stabilität des globalen ordnungspolitischen Rahmens prüfen und die Umsetzung und Auswirkungen unserer Reformen und ihre anhaltende Übereinstimmung mit unseren Gesamtzielen überwachen und bewerten, einschließlich der Bekämpfung möglicher unbeabsichtigter materieller Folgen, insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer.

15. Zur Schaffung eines weltweit gerechten und modernen internationalen Steuersystems billigen wir das unter dem ehrgeizigen Projekt der G20/OECD zur Bekämpfung der Aushöhlung von Steuerbemessungsgrundlagen und Gewinnverlagerungen (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) entwickelte Maßnahmenpaket. Eine breite und konsequente Umsetzung wird für die Wirksamkeit dieses Projektes von entscheidender Bedeutung sein, insbesondere im Hinblick auf den Austausch von Informationen über grenzüberschreitende Steuerregelungen („tax rulings“). Wir fordern daher mit Nachdruck die rasche Umsetzung dieses Projekts und ermutigen alle Staaten und Gebiete, auch die Entwicklungsländer, sich daran zu beteiligen. Um die Umsetzung des BEPS-Projekts weltweit zu überwachen, fordern wir die OECD auf, bis Anfang 2016 unter gleichberechtigter Beteiligung interessierter Staaten und Gebiete, die nicht der G20 angehören und sich zur Umsetzung des BEPS-Projekts verpflichten, einschließlich der Entwicklungsländer, einen inklusiven Rahmenplan zu entwickeln. Wir begrüßen die Bemühungen von IWF, OECD, VN und der Weltbankgruppe, interessierten Entwicklungsländern bei der Bewältigung von Herausforderungen im Bereich der inländischen Ressourcenmobilisierung angemessene technische Hilfe, auch durch BEPS, zur Verfügung zu stellen. Wir erkennen an, dass die Zeitplanung interessierter Entwicklungsländer, die keine G20-Staaten sind, für die Umsetzung von der Zeitplanung anderer Länder abweichen kann, und erwarten, dass die OECD und andere internationale Organisationen sicherstellen, dass die Gegebenheiten der Entwicklungsländer in diesem Rahmenplan angemessen berücksichtigt werden. Wir machen Fortschritte im Hinblick auf die Verbesserung der Transparenz unserer Steuersysteme und bekräftigen erneut unsere bestehenden Verpflichtungen zum Informationsaustausch auf Ersuchen sowie zum automatischen Informationsaustausch bis 2017 oder Ende 2018. Wir laden andere Staaten und Gebiete ein, sich uns anzuschließen. Wir unterstützen die Bemühungen zur Stärkung des Engagements der Entwicklungsländer im Bereich der internationalen Steueragenda.

16. Zur Unterstützung unserer Agenda zu Wachstum und Widerstandsfähigkeit sind wir nach wie vor entschlossen, durch die wirksame Umsetzung des Aktionsplans der G20 zur Korruptionsbekämpfung 2015 – 2016 eine weltweite Kultur der Intoleranz gegenüber Korruption aufzubauen. Wir billigen die „G20 High-Level Principles on Integrity and Transparency in the Private Sector“ (Hochrangige Prinzipien der G20 zu Integrität und Transparenz im Privatsektor), die unseren Unternehmen dabei helfen werden, weltweite

Normen und Vorgaben zu ethischem Verhalten und zur Korruptionsbekämpfung einzuhalten. Die Gewährleistung von Integrität und Transparenz im öffentlichen Sektor spielt eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang billigen wir die „G20 Anti-Corruption Open Data Principles“ (Grundsätze der G20 zu frei zugänglichen Daten zur Korruptionsbekämpfung) sowie die „G20 Principles for Promoting Integrity in Public Procurement“ (Grundsätze der G20 zur Förderung von Integrität im öffentlichen Beschaffungswesen) und begrüßen die anhaltenden Arbeiten an Rahmenvereinbarungen für die Offenlegung von Vermögenswerten. Wir werden weiterhin daran arbeiten, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, einschließlich in zivil- und verwaltungsrechtlichen Verfahren, wenn es mit den innerstaatlichen Rechtsordnungen vereinbar ist, da sie ein wichtiges Instrument darstellt, um Bestechung wirksam zu bekämpfen, die Vermögensabschöpfung zu unterstützen und korrupten Amtsträgern und denjenigen, die sie zu korruptem Handeln veranlassen, ein Rückzugsgebiet zu verweigern. Wir begrüßen die Veröffentlichung unserer Umsetzungspläne zur Transparenz in Bezug auf wirtschaftliche Eigentümer und werden unsere Bemühungen in diesem Zusammenhang fortsetzen.

17. Wir sind nach wie vor zutiefst enttäuscht über die fortgesetzten Verzögerungen bei der Durchführung der 2010 beschlossenen Quoten- und Managementreform des IWF. Die 2010 beschlossenen Reformen bleiben in Bezug auf den IWF unsere oberste Priorität, und wir rufen die Vereinigten Staaten dringend auf, diese Reformen baldmöglichst zu ratifizieren. Im Bewusstsein der Ziele der 2010 beschlossenen Reformen ersuchen wir den IWF, seine Arbeit an einer Übergangslösung abzuschließen, die die Quotenanteile baldmöglichst und soweit wie möglich den in der 14. allgemeinen Quotenüberprüfung vereinbarten Quotenhöhen sinnvoll annähern wird. Die 14. Quotenüberprüfung sollte als Grundlage für die Arbeit an der 15. Überprüfung, in deren Rahmen auch eine neue Quotenformel gefunden werden sollte, dienen. Wir bekräftigen erneut unser Bekenntnis zur Beibehaltung eines starken, quotenbasierten und mit angemessenen Mitteln ausgestatteten Internationalen Währungsfonds. Wir bekräftigen erneut unsere Absprache, dass die Leiter und das Führungspersonal aller internationalen Finanzinstitutionen im Rahmen eines offenen und transparenten Verfahrens aufgrund ihrer Befähigung ernannt werden sollten und wir bekräftigen die Bedeutung einer größeren Vielfalt in der Zusammensetzung des Personals in diesen Organisationen. Wir bekräftigen erneut, dass die Zusammensetzung des Sonderziehungsrechte-Korbs (SZR-Korb) auch weiterhin die Rolle der Währungen im globalen Handels- und Finanzsystem widerspiegeln sollte, und sehen dem Abschluss der Überprüfung der Bewertungsmethode des SZR-Korbs entgegen.

18. Wir begrüßen die erzielten Fortschritte bei der Umsetzung gestärkter Umschuldungs- und Gleichrangigkeitsklauseln in internationalen Staatsanleiheverträgen, welche zu Regelmäßigkeit und Berechenbarkeit bei der Restrukturierung staatlicher Schulden beitragen werden. Wir ersuchen den IWF, in Absprache mit anderen Parteien, auch in Zukunft die Anwendung solcher Klauseln zu fördern und weiterhin marktbasiertere Möglichkeiten auszuloten, um ihre Einbindung in bestehende internationale Staatsschulden zu beschleunigen. Wir sehen der kommenden Überprüfung des Schuldentragfähigkeitsrahmens für Staaten mit niedrigem Einkommen durch den IWF und die Weltbank erwartungsvoll entgegen. Wir erkennen die bestehenden Initiativen zur Verbesserung nachhaltiger Finanzierungsverfahren an, wie sie in der Aktionsagenda von Addis Abeba betont werden. Wir nehmen ferner die Initiative des Pariser Forums zur Kenntnis, welche durch die Stärkung des Dialogs zwischen staatlichen Schuldner und Kreditgebern zu einer weiteren umfassenden Teilhabe beiträgt.

Stärkung der Nachhaltigkeit

19. 2015 ist ein entscheidendes Jahr für nachhaltige Entwicklung und wir setzen uns nach wie vor dafür ein, dass unser Handeln auch in Niedrigeinkommensländern zu inklusivem und nachhaltigem Wachstum beiträgt. Die Agenda 2030 mit ihren nachhaltigen Entwicklungszielen und dem Aktionsplan von Addis Abeba bildet einen transformativen, universellen und ehrgeizigen Rahmenplan für die weltweiten Entwicklungsanstrengungen. Wir sind fest entschlossen, ihre Ergebnisse umzusetzen, um sicherzustellen, dass bei unseren Bemühungen zur Beendigung von Armut und den Aufbau einer inklusiven und nachhaltigen Zukunft für alle niemand außen vor bleibt. Wir verabschieden den Rahmenplan der G20 mit Niedrigeinkommensländern, zur Stärkung unseres Dialogs und unseres Engagements in der Entwicklungsarbeit. Wir werden 2016 einen Aktionsplan erarbeiten, um unsere Arbeit noch enger mit der Agenda 2030 abzustimmen.

20. Dieses Jahr unterstützen wir mit unserer Arbeit Themenbereiche, die von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung sind, wie der Zugang zu Energie, die Ernährungssicherheit und Ernährung, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials, eine hochwertige Infrastruktur, die finanzielle Teilhabe und die Mobilisierung einheimischer Ressourcen. Wir billigen den Aktionsplan der G20 zu Ernährungssicherheit und nachhaltigen Ernährungssystemen, der unsere Zusage unterstreicht, die weltweite Ernährung und Ernährungssicherheit zu verbessern und sicherzustellen, dass die Art und Weise, in der wir Nahrung produzieren, konsumieren und verkaufen, wirtschaftlich, sozial nachhaltig und umweltgerecht ist. Wir sind weiterhin bestrebt, verantwortungsvolle Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssysteme zu fördern, die Markttransparenz zu verbessern, die Einkommen und die Zahl hochwertiger Arbeitsplätze zu erhöhen sowie ein nachhaltiges Wachstum der Produktivität zu fördern. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Bedürfnisse der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, der landwirtschaftlichen Familienbetriebe sowie der weiblichen und der jugendlichen Landbevölkerung legen. Wir verpflichten uns ferner zur weltweiten Reduzierung von Nahrungsmittelverlusten und Nahrungsmittelverschwendung. Wir begrüßen die Expo in Mailand unter dem Thema „Feeding the Planet – Energy for Life“ (Die Welt ernähren – Energie für das Leben). Wir begrüßen ferner die Entscheidung unserer Agrarminister, eine neue Plattform ins Leben zu rufen, um die Verfahren zu verbessern, mit denen wir und andere Staaten Nahrungsmittelverluste und -verschwendung messen und reduzieren können.

21. Der Privatsektor spielt im Bereich Entwicklung und bei der Beendigung von Armut eine wichtige Rolle. Mit unserem G20-Aufruf zu inklusivem Wirtschaften betonen wir die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Akteure, um die Chancen für Menschen und Gemeinschaften mit niedrigem Einkommen zu erhöhen und sie als Käufer, Anbieter und Konsumenten an den Märkten teilhaben zu lassen. Die in diesem Jahr erarbeiteten Nationalen Aktionspläne der G20 zu Rücküberweisungen enthalten konkrete Maßnahmen hinsichtlich unseres Bekenntnisses, die weltweiten Durchschnittskosten von Rücküberweisungen auf 5 Prozent zu reduzieren, und diese im Hinblick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele und die Aktionsagenda von Addis Abeba anzupassen. Wir fördern die finanzielle Teilhabe, indem wir dabei helfen, den Zugang zu Zahlungen, Sparkonten, Krediten und anderen Dienstleistungen zu ermöglichen. Wir begrüßen die fortwährende Arbeit zur finanziellen Teilhabe innerhalb der Globalen Partnerschaft für finanzielle Teilhabe (GPGFI).

22. Ein Schwerpunktthema bleiben die Grundsätze der G20 zur Energiezusammenarbeit (G20 Principles on Energy Collaboration), und wir begrüßen das allererste Treffen unserer Energieminister. Angesichts der Tatsache, dass weltweit über 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität haben und 2,9 Milliarden Menschen zum Kochen auf die traditionelle Nutzung von Biomasse angewiesen sind, billigen wir den

Aktionsplan der G20 für den Zugang zu Energie: Freiwillige Zusammenarbeit für den Zugang zu Energie(G20 Energy Access Action Plan: Voluntary Collaboration on Energy Access), der sich in einer ersten Phase auf die Verbesserung des Zugangs zu Elektrizität in Subsahara-Afrika konzentriert, wo das Problem besonders spürbar ist. In Anerkennung der Tatsache, dass der Zugang zu Energie ein entscheidender Faktor für die Stärkung der Entwicklung ist, soll mit dem Plan die Abstimmung der G20 gestärkt und ein langfristiger, freiwilliger Kooperationsrahmen geschaffen werden, der mit der Zeit auf andere Regionen übertragen werden kann. In dieser ersten Phase werden wir unter Berücksichtigung nationaler Bedürfnisse und Aspekte mit afrikanischen Staaten und maßgeblichen regionalen und internationalen Organisationen in den Bereichen politische und ordnungspolitische Regelwerke, Entwicklung und Einsatz von Technologien, Investitionen und Finanzierung, Kapazitätsaufbau sowie regionale Integration und Kooperation zusammenarbeiten.

23. Uns ist bewusst, dass Maßnahmen im Bereich Energie, darunter auch die Verbesserung der Energieeffizienz, die Erhöhung von Investitionen in saubere Energietechnologien und die Unterstützung entsprechender Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, wichtig sein werden, um den Klimawandel und seine Folgen anzugehen. Wir billigen das G20-Instrumentarium freiwilliger Handlungsoptionen für die Nutzung erneuerbarer Energien(G20 Toolkit of Voluntary Options for Renewable Energy Deployment). Wir unterstreichen ferner die von den teilnehmenden Staaten in diesem Jahr erzielten Fortschritte bei der Weiterentwicklung unserer Zusammenarbeit zur Energieeffizienz und stimmen zu, die diesjährigen Ergebnisse laufender Arbeiten in Bezug auf die Effizienz und das Emissionsverhalten von Fahrzeugen, insbesondere Schwerlastfahrzeugen, vernetzten Geräten, Gebäuden, industriellen Prozessen und Stromerzeugung sowie zur Finanzierung der Energieeffizienz weiterhin auf freiwilliger Basis zu unterstützen. Wir werden weiterhin transparente, wettbewerbsfähige und gut funktionierende Energiemärkte, einschließlich der Gasmärkte, fördern. Wir betonen die Bedeutung der Diversifizierung der Energiequellen sowie von kontinuierlichen Investitionen für eine höhere Energieversorgungssicherheit. In Anerkennung des Umstandes, dass wir die Ärmsten unterstützen müssen, bekräftigen wir erneut unser Bekenntnis, ineffiziente Subventionen für fossile Brennstoffe, die zu verschwenderischem Verbrauch verleiten, mittelfristig stufenweise abzubauen und abzuschaffen. Wir werden uns bemühen, verstärkt Fortschritte bei der Weiterführung dieses Bekenntnisses zu erzielen. Wir ersuchen unsere Energieminister, uns 2016 erneut über die Energiezusammenarbeit und die weitere Umsetzung der Grundsätze der G20 zur Energiezusammenarbeit zu berichten.

24. Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir sind uns bewusst, dass 2015 ein entscheidendes Jahr ist, das wirksame, energische und gemeinsame Maßnahmen im Hinblick auf den Klimawandel und seine Folgen erfordert. Wir bekräftigen das Bekenntnis zum 2-Grad-Ziel, wie es im Handlungsappell von Lima zum Ausdruck kommt. Wir bekräftigen unsere Entschlossenheit, ein Protokoll, eine andere rechtliche Übereinkunft oder ein vereinbartes Ergebnis mit rechtlicher Wirkung auf der Grundlage des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) zu erzielen, das für alle Vertragsparteien gelten soll. Unsere Maßnahmen werden Wachstum und nachhaltige Entwicklung unterstützen. Wir bekräftigen, dass das Übereinkommen von Paris gerecht, ausgewogen, ehrgeizig, dauerhaft und dynamisch sein sollte. Wir betonen unsere Entschlossenheit, in Paris ein ehrgeiziges Übereinkommen zu erzielen, das das Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und entsprechender Fähigkeiten unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Gegebenheiten widerspiegelt. Wir bekräftigen, dass das UNFCCC das wichtigste internationale zwischenstaatliche Gremium für Verhandlungen über den Klimawandel darstellt. Wir begrüßen, dass über 160 Vertragsparteien, einschließlich aller G20-Staaten, ihre freiwilligen nationalen Beiträge (INDC) für das Klimarahmenübereinkommen eingereicht haben und ermutigen andere, vor

Beginn der Pariser Klimakonferenz ebenfalls Beiträge einzureichen. Wir sind bereit, unsere freiwilligen nationalen Beiträge umzusetzen. Wir werden unsere Verhandlungsführer anweisen, sich in den kommenden Tagen konstruktiv und flexibel einzubringen und Schlüsselthemen zu diskutieren, darunter Minderung von Treibhausgasen, Anpassung, Finanzierung, Technologieentwicklung und -transfer und Transparenz, um in Paris mit einer Zukunftsperspektive anzukommen. Wir verpflichten uns, gemeinsam auf ein erfolgreiches Ergebnis der COP 21 hinzuwirken.

25. Das Ausmaß der derzeitigen Flüchtlingskrise ist ein globales Problem mit weitreichenden humanitären, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Es bedarf einer koordinierten und umfassenden Antwort zur Bewältigung dieser Krise sowie ihrer langfristigen Auswirkungen. Wir verpflichten uns, unsere Unterstützung für alle Bemühungen weiter zu erhöhen, der noch nie dagewesenen Zahl von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen in verschiedenen Teilen der Welt Schutz und Hilfe zu bieten und dauerhafte Lösungen für sie zu finden. Wir rufen alle Staaten dazu auf, an der Bewältigung dieser Krise mitzuwirken und die Lasten zu teilen, die mit ihr einhergehen, etwa durch die Rückführung von Flüchtlingen, durch sonstige Formen der Aufnahme aus humanitären Gründen, durch humanitäre Hilfe und durch gemeinsame Anstrengungen, um den Flüchtlingen in den entsprechenden Ländern den Zugang zu Dienstleistungen und Bildung zu ermöglichen und Lebenschancen zu bieten. Wir betonen die Notwendigkeit, die grundlegenden Ursachen von Vertreibung anzugehen. Wir unterstreichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung politischer Lösungen für Konflikte und einer verstärkten Zusammenarbeit für Entwicklung. Wir erkennen ferner an, wie wichtig es ist, Bedingungen zu schaffen, die es Flüchtlingen und Binnenvertriebenen ermöglichen, sicher und freiwillig in ihre Heimat zurückzukehren. Wir werden mit anderen Staaten zusammenarbeiten, um unsere langfristige Bereitschaft und Kapazität zur Bewältigung von Migrations- und Flüchtlingsströmen zu stärken. Wir laden alle Staaten ein, entsprechend ihren individuellen Kapazitäten ihre Unterstützung für einschlägige internationale Organisationen zu erhöhen, um deren Fähigkeiten zu verbessern, betroffene Länder bei der Bewältigung dieser Krise zu unterstützen. Wir ermutigen den Privatsektor und jeden Einzelnen, sich ebenfalls den internationalen Bemühungen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise anzuschließen.

26. Wir leben im Zeitalter der Internetwirtschaft, die gleichzeitig Chancen und Herausforderungen für das weltweite Wirtschaftswachstum mit sich bringt. Wir erkennen an, dass Bedrohungen der Sicherheit von IKT sowie im Zusammenhang mit deren Nutzung unsere gemeinsame Fähigkeit beeinträchtigen könnte, das Internet zu nutzen, um Wirtschaftswachstum und Entwicklung weltweit zu stärken. Wir verpflichten uns, die digitale Kluft zu überwinden. Staaten tragen auch in der Informations- und Kommunikationstechnologie eine besondere Verantwortung zur Förderung von Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Nationen. Zur Unterstützung dieses Ziels bekräftigen wir, dass kein Staat in der Absicht, Unternehmen oder Wirtschaftszweigen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen, den Diebstahl geistigen Eigentums, darunter Geschäftsgeheimnisse oder andere vertrauliche Unternehmensinformationen, mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien betreiben oder unterstützen sollte. Alle Staaten sollten bei der Gewährleistung der sicheren Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien die Grundsätze der Freiheit von rechtswidrigen oder willkürlichen Eingriffen in die Privatsphäre respektieren und schützen, auch im Zusammenhang mit der digitalen Kommunikation. Wir erkennen ferner die zentrale Rolle an, die die Vereinten Nationen bei der Entwicklung von Normen spielen, und begrüßen in diesem Zusammenhang den Jahresbericht 2015 der Gruppe von Regierungssachverständigen der Vereinten Nationen im Bereich Information und Telekommunikation im Zusammenhang mit der internationalen Sicherheit, bekräftigen, dass das Völkerrecht, und insbesondere die VN-Charta, für das Verhalten von Staaten bei der Nutzung von Informations- und

Kommunikationstechnologien gilt, und sind der Auffassung, dass alle Staaten in Übereinstimmung mit der VN-Resolution A/C.1/70/L.45 Normen zu einem verantwortungsvollen Verhalten von Staaten bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien einhalten sollten. Wir sind entschlossen, zu einem Umfeld beizutragen, in dem alle Akteure von den Vorteilen einer sicheren Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien profitieren können.

Schlussfolgerung

27. Wir sind nach wie vor entschlossen, unsere gemeinsamen Maßnahmen zur Steigerung des tatsächlichen und potenziellen Wachstums unserer Volkswirtschaften fortzuführen, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen, die Widerstandsfähigkeit zu stärken, die Entwicklung zu fördern und die umfassende Teilhabe innerhalb unserer Strategien zu verbessern. Wir danken der Türkei für ihren diesjährigen G20-Vorsitz und die Ausrichtung des erfolgreichen Gipfeltreffens in Antalya. Wir sehen unserem nächsten Treffen in Hangzhou im September 2016 unter dem Vorsitz Chinas erwartungsvoll entgegen. Auch unserem Treffen 2017 in Deutschland sehen wir erwartungsvoll entgegen.

Anlage

Vereinbarte Dokumente

- Aktionsplan von Antalya, November 2015
- Bericht zur Bewertung der Rechenschaftspflicht (Accountability Assessment Report)
- Investitionsstrategien der G20 und Bericht der G20/OECD über die G20-Investitionsstrategien (G20 Investment Strategies and G20/OECD Report on G20 Investment Strategies)
- Aktionsplan der multilateralen Entwicklungsbanken zur Bilanzoptimierung (Multilateral Development Banks Action Plan to Optimize Balance Sheets)
- G20-/OECD-Grundsätze der Corporate Governance (G20/OECD Principles of Corporate Governance)
- Hochrangige Prinzipien der G20/OECD zur Finanzierung von KMU (G20/OECD High-Level Principles on SME Financing)
- Gemeinsamer Aktionsplan der G20 zur Finanzierung von KMU (G20 Joint Action Plan on SME Financing)
- Der gemeinsame internationale Standard für Verlustabsorptionsfähigkeiten für weltweit tätige systemrelevante Banken (The Common International Standard on Total-Loss-Absorbing-Capacity for Global Systemically Important Banks), FSB
- Höhere Verlustabsorptionsanforderungen für weltweit tätige systemrelevante Versicherungsgesellschaften (Higher Loss Absorbency Requirements for Global Systemically Important Insurers), IAIS
- Rahmenplan der G20 und der Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen (G20 and Low-Income Developing Countries Framework)
- Aktionsplan der G20 zu Ernährungssicherheit und nachhaltigen Ernährungssystemen (G20 Action Plan on Food Security and Sustainable Food Systems)
- Hochrangige Erklärung zu Überweisungen (High-Level Statement on Remittances)
- Aufruf der Staats- und Regierungschefs der G20 zu inklusivem Wirtschaften (G20 Leaders' Call on Inclusive Business)
- Aktionsplan der G20 für den Zugang zu Energie: Freiwillige Zusammenarbeit für den Zugang zu Energie (G20 Energy Access Action Plan: Voluntary Collaboration on Energy Access)
- G20-Instrumentarium freiwilliger Handlungsoptionen für die Nutzung erneuerbarer Energien (G20 Toolkit of Voluntary Options for Renewable Energy Deployment)
- G20-Kompetenzstrategie (G20 Skills Strategy)
- Politische Schwerpunkte der G20 zu Lohn- und Einkommensungleichheit (G20 Policy Priorities on Labour Income Share and Inequalities)
- Politische Grundsätze der G20 zur Förderung besserer Ergebnisse in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit (G20 Policy Principles for Promoting Better Youth Unemployment Outcomes)
- Rahmenplan der G20 zur Förderung hochwertiger Arbeitsplätze (G20 Framework on Promoting Quality Jobs)
- Hochrangige Prinzipien der G20 zu Integrität und Transparenz im Privatsektor (G20 High-Level Principles on Private Sector Transparency and Integrity)
- Grundsätze der G20 zur Förderung von Integrität im öffentlichen Beschaffungswesen (G20 Principles for Promoting Integrity in Public Procurement)
- Grundsätze der G20 zu frei zugänglichen Daten zur Korruptionsbekämpfung (G20 Anti-Corruption Open Data Principles)

Ministererklärungen

- Kommuniké, Tagung der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, Istanbul, 9./10. Februar 2015
- Kommuniké, Tagung der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, Washington, D.C., 16./17. April 2015
- Kommuniké, Tagung der Agrarminister der G20, Istanbul, 7./8. Mai 2015
- Erklärung, Tagung der Arbeitsminister der G20, Ankara, 3./4. September 2015
- Erklärung des Vorsitzenden, gemeinsame Tagung der Finanz- und Arbeitsminister der G20, Ankara, 4. September 2015
- Kommuniké, Tagung der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der G20, Ankara, 4./5. September 2015
- Erklärung, Tagung der Tourismusminister der G20, Antalya, 30. September 2015
- Kommuniké, Tagung der Energieminister der G20, Istanbul, 2. Oktober 2015
- Zusammenfassung des Vorsitzenden, Tagung der Handelsminister der G20, Istanbul, 6. Oktober 2015

Dokumente der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe „Rahmenpläne“ (Framework Working Group)

- Quantifizierung der Umsetzung der Wachstumsstrategien der G20-Mitgliedstaaten, Papier von IWF und OECD (Quantifying the Implementation of G-20 Members' Growth Strategies, IMF-OECD Note)

Arbeitsgruppe „Korruptionsbekämpfung“ (Anti-Corruption Working Group)

- Bericht zur Rechenschaftspflicht für 2015 (Accountability Report for 2015)
- Schriftlicher Durchführungsplan zum Thema wirtschaftliches Eigentum (Written Implementation Plan on Beneficial Ownership)

Arbeitsgruppe „Entwicklung“ (Development Working Group)

- Nachhaltiges Wachstum und Entwicklung: Entwicklungsfahrplan von Antalya 2015 (Inclusive Growth and Development: 2015 Antalya Development Roadmap)
- Jährlicher Fortschrittsbericht der Arbeitsgruppe „Entwicklung“ 2015 (Development Working Group 2015 Annual Progress Report)
- Durchführungsplan zum Rahmenplan der G20 zu Ernährung und Ernährungssicherheit (Implementation Plan of the G20 Food Security and Nutrition Framework)
- Nationale Aktionspläne der G20 zu Überweisungen (G20 National Remittance Plans)
- Rahmenplan der G20 zu integrativem Wirtschaften (G20 Inclusive Business Framework)
- Anlagen zum Rahmenplan der G20 zu integrativem Wirtschaften (Annexes of the G20 Inclusive Business Framework)
- Konzeptpapier zur Globalen Plattform der G20 zu integrativem Wirtschaften (Concept Note on the G20 Global Platform on Inclusive Business)
- Aufruf zur Stärkung der Steuerkraft in Entwicklungsländern (Call to Action for Strengthening Tax Capacity in Developing Countries)
- Mehrjähriger Rahmenplan zur Kohärenz und Koordinierung von Richtlinien zur Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials zwischen der Arbeitsgruppe „Entwicklung“ und der Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ (Multi-Year Framework for Policy Coherence and Coordination on Human Resource Development between the G20 Development Working Group and the Employment Working Group)

Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ (Employment Working Group)

- Prinzipien der G20 für leistungsfähige öffentliche Arbeitsverwaltungen (G20 Principles for Effective Public Employment Services)
- Prinzipien der G20 zur Seniorenwirtschaft und zu aktivem Altern (G20 Principles on Silver Economy and Active Ageing)
- Mandat der Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ der G20 (Terms of Reference for G20 Employment Working Group)
- Mandat des Netzwerks der G20 zu Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (Terms of Reference for G20 Network on Safe and Healthy Workplaces)
- Mandat der Untergruppe zu Lohn- und Einkommensungleichheit innerhalb der Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ der G20 (Terms of Reference for G20 Employment Working Group Sub-Group on Labour Income Shares and Inequalities)
- Muster zur Selbstauskunft der Staaten bezüglich der Umsetzung der Beschäftigungspläne der G20 (Country Self-reporting Template on Implementation of G20 Employment Plans)

Globale Partnerschaft für finanzielle Teilhabe (GPII)

- Strategie der GPII zum Engagement des Privatsektors (GPII Private Sector Engagement Strategy)
- Fortschrittsbericht 2015 der GPII (GPII 2015 Progress Report)
- Digitale Finanzlösungen zur Förderung der Teilhabe von Frauen am wirtschaftlichen Leben (Digital Financial Solutions to Advance Women's Economic Participation)
- Synthesebericht über Innovationen der Agrarfinanzierung (Synthesis Report on Innovations in Agricultural Finance)
- Rahmenplan der OECD/INFE zu den Kernkompetenzen für Jugendliche im Bereich finanzielle Allgemeinbildung (OECD/INFE Core Competencies Framework on Financial Literacy for Youth)
- Strategie-Handbuch der OECD/INFE für die Umsetzung nationaler Strategien für Finanzbildung (OECD/ INFE Policy Handbook on the Implementation of National Strategies for Financial Education)
- Finanzbildung für Migranten und ihre Familien: Strategieanalyse und praktische Instrumente der OECD/INFE (Financial Education for Migrants and Their Families: OECD/INFE Policy Analysis and Practical Tools)
- Fortschrittsbericht der OECD/INFE zur Finanzbildung für Kleinunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen und für potenzielle Unternehmer (OECD/INFE Progress Report on Financial Education for MSMEs and Potential Entrepreneurs)
- Konsultationspapier für die zweite Ausgabe des Weißbuchs der GPII über Normungsgremien und finanzielle Teilhabe (Consultation Document for Second Edition of GPII White Paper on Standard-Setting Bodies and Financial Inclusion)
- Untersuchung der G20 zu Aktivitäten zum Abbau von Risiken auf dem Markt für Überweisungen (G20 Survey on De-risking Activities in the Remittance Market)
- Die Nutzung von Überweisungen und finanzielle Teilhabe (The Use of Remittances and Financial Inclusion)
- Bestandsaufnahme innovativer digitaler Zahlungsverfahren zur Unterstützung der finanziellen Teilhabe (Innovative Digital Payment Mechanisms Supporting Financial Inclusion Stocktaking Report)
- Bericht über den Kompaktworkshop zur KMU-Finanzierung (Report on SME Finance Compact Workshop)

Studiengruppe zur Klimafinanzierung (Climate Finance Study Group, CFSG)

- Instrumentarium zur Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern, die anfällig sind für die negativen

Auswirkungen des Klimawandels, einschließlich der kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern und der afrikanischen Staaten, OECD in Zusammenarbeit mit der Globalen Umweltfazilität (Toolkit to Enhance Access to Adaptation Finance for Developing Countries that are Vulnerable to the Adverse Effects of Climate Change Including LIDCs, Small Island Developing States and African States, OECD in Collaboration with the Global Environment Facility)

- Inventar der Klimaschutzfonds, OECD (Climate Funds Inventory, OECD)
- Jahresbericht 2015 der G20-Studiengruppe zur Klimafinanzierung (G20 Climate Finance Study Group Annual Report 2015)

Weitere Dokumente

Mitteilung über die Überwachungstätigkeiten des IWF, November 2015 (IMF Surveillance Note)

Aktualisierung des Nachhaltigkeitsberichts des IWF, Oktober 2015 (IMF Sustainability Updates)

Bericht des Generalsekretärs der OECD an die Staats- und Regierungschefs der G20 (OECD Secretary-General Report to the G20 Leaders)

Wirksame Ansätze zur Förderung der Umsetzung der hochrangigen Prinzipien der G20/OECD für langfristige Investitionsfinanzierung durch institutionelle Anleger, OECD-Bericht, November 2015 (Effective Approaches to Support Implementation of the G20/OECD High-Level Principles on Long Term Financing by Institutional Investors, OECD Report, November 2015)

Bericht zur Umsetzung von Reformen und ihren Auswirkungen (Report on the Implementation and Effects of Reforms), Bericht des FSB an die Staats- und Regierungschefs der G20, November 2015

Papier zu gemeinsamen Ansätzen der multilateralen Entwicklungsbanken zur Förderung der Infrastrukturentwicklung (Paper on MDB Common Approaches to Supporting Infrastructure Development)

Arbeitspapier der Weltbankgruppe zur Priorisierung von Infrastrukturprojekten: Ein Rahmenplan zur Entscheidungshilfe (World Bank Group Working Paper on Prioritization of Infrastructure Projects: A Decision Support Framework)

Präsentation der multilateralen Entwicklungsbanken zur Bewertung der Bereitschaft und Fähigkeit für Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor im Bereich Infrastruktur (MDB Presentation on Evaluating Readiness and Capacity for Infrastructure Public Private Partnerships)

Bericht über die Bestandsaufnahme ausgewählter strategischer Indikatoren für günstige Rahmenbedingungen für Infrastrukturinvestitionen (Report on Stock-Taking of Selected Policy Indicators on the Enabling Environment for Infrastructure Investment)

Bericht über Risiko- und Renditeeigenschaften von Infrastrukturinvestitionen in einkommensschwachen Ländern (Report on Risk and Return Characteristics of Infrastructure Investment in Low Income Countries)

Bericht über Möglichkeiten einkommensschwacher Länder zur wirksamen und effizienten Nutzung von steuerlichen Anreizen für Investitionen (Report on Options for Low Income Countries' Effective and Efficient Use of Tax Incentives for Investment)

Konzeptpapier zum Bericht über Themen im Zusammenhang mit der indirekten Übertragung von Vermögenswerten zur Ermittlung von strategischen Optionen mit dem Ziel der Bekämpfung von Missbrauchsfällen unter besonderer Berücksichtigung der

Entwicklungsländer (Concept Note on the Report on Issues Arising from the Indirect Transfer of Assets to Identify Policy Options to Tackle Abusive Cases, with particular reference to Developing Countries)

Brief des Vorstands der FSB an die Staats- und Regierungschefs der G20: „Finanzreformen – Belastbarkeit für alle erreichen und erhalten“ (FSB Chair’s Letter to the G20 Leaders, “Financial Reforms – Achieving and Sustaining Resilience for All”)

Bericht des FSB für die Staats- und Regierungschefs der G20 zu den getroffenen Maßnahmen für die Bewertung und Bewältigung des Rückgangs entsprechender Bankdienstleistungen (FSB Report to the G20 on Actions Taken to Assess and Address the Decline in Correspondent Banking)

Bericht des FSB für die Staats- und Regierungschefs der G20 zu den Fortschritten bei den Vorsätzen zur Beseitigung noch verbliebener Hindernisse in Bezug auf die Abwicklung (FSB Report to the G20 on Progress in Resolution – Removing Remaining Obstacles to Resolvability)

Bericht des FSB für die Staats- und Regierungschefs der G20 zur Finalisierung von Reformen für die Zeit nach der Krise (BCBS Report to G20 Leaders – Finalizing Post-Crisis Reforms)

Bericht des FSB für die Staats- und Regierungschefs der G20 zu den Fortschritten bei der Umwandlung der Schattenbankfinanzierung in eine widerstandsfähige marktbasiertere Finanzierung (FSB Report on Progress in Transforming Shadow Banking into Resilient Market-Based Finance)

Bericht des Generalsekretärs der OECD an die Finanzminister der G20 mit Anlagen („Berichte über mögliche stärkere Anreize für Länder, die die Standards des Globalen Forums zum Informationsaustausch auf Ersuchen nicht einhalten“ und „KMU und Besteuerung“) (OECD Secretary-General Report to G20 Finance Ministers with Its Annexes (“Reports on Possible Tougher Incentives for the Countries that Fail to Comply with the Global Forum Standards on Exchange of Information on Request” and “SMEs and Taxation”))

Rahmendokument für ein praktisches Instrumentarium zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Bewältigung von Schwierigkeiten im Hinblick auf den Zugang zu Vergleichsdaten und bei der Nutzung von Ansätzen zur Anwendung international anerkannter Grundsätze bei fehlenden Vergleichswerten (Scoping Paper for a Practical Toolkit to Assist Developing Countries to Address Difficulties in Accessing Comparables Data and Use Approaches to Apply Internationally Accepted Principles in the Absence of Comparables)

Bericht zur Terrorismusfinanzierung, Bericht der FATF an die Staats- und Regierungschefs der G20 (Report on the Terrorist Financing, FATF’s Report to the G20 Leaders)

KMU-Bildungsinstrumentarium zur Korruptionsbekämpfung (SMEs Anti-Corruption Education Toolkit)

Fortschrittsbericht zur Selbsteinschätzung der G20 in Bezug auf die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger (Progress Report on the G20 Self-Assessment on Combating the Bribery of Foreign Public Official)

Länderprofile Vermögensabschöpfung (Asset Recovery Country Profile)

Ratgeber Unternehmenseigentum (Company Ownership Guide)

Länderprofile zur Offenlegung von Vermögenswerten (Asset Disclosure Country Profile)

Gezielte Ansätze zur Korruptionsbekämpfung im Rohstoffsektor (Targeted Approaches to Addressing Corruption in the Extractives Sector)

Bericht zum Aktionsplan der G20 für Energieeffizienz: Freiwillige Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz, Ergebnisse der Arbeiten 2015 (Report on the G20 Energy Efficiency Action Plan: Voluntary Collaboration on Energy Efficiency 2015 Outcomes of Work Streams)

Freiwillige Grundsätze für Investitionen im Bereich Energieeffizienz der teilnehmenden G20-Staaten (Voluntary Energy Efficiency Investment Principles for G20 Participating Countries)

Bericht zur Nutzung erneuerbarer Energien durch die G20 (Report on G20 Deployment of Renewable Energy)

Aktualisierung zu den jüngsten Fortschritten bei der Reform von ineffizienten Subventionen für fossile Brennstoffe, die zu verschwenderischem Verbrauch verleiten (Update on Recent Progress in Reform of Inefficient Fossil Fuel Subsidies that Encourage Wasteful Consumption)

Zusammenfassung der Fortschrittsberichte über die Verpflichtung zur Rationalisierung und stufenweisen Abschaffung von ineffizienten Subventionen für fossile Brennstoffe (Summary of Progress Reports on the Commitment to Rationalize and Phase Out Inefficient Fossil Fuel Subsidies)

Gemeinsamer Bericht von IEA, IEF und OPEC zu den Auswirkungen der Grundsätze der Ölpreisberichtsstellen der IOSCO auf den Markt (The Joint IEA-IEF-OPEC Market Impact Report of the IOSCO Oil Price Reporting Agencies Principles)

Zweiter Überprüfungsbericht der Ölpreisberichtsstellen bezüglich der Umsetzung der Grundsätze für Ölpreisberichtsstellen (The Second Oil PRA Review Report regarding the Implementation of the Principles for Oil Price Reporting Agencies)

Aussichten für den Welthandel (Prospects for Global Trade)

Berichte zu den Handels- und Investitionsmaßnahmen der G20 (Mitte Oktober 2014 bis Mitte Mai 2015) (Reports on G20 Trade and Investment Measures (Mid-October 2014 to Mid-May 2015))

Zusammenfassung des Seminars zur Bestandsaufnahme zu kleinen und mittelständischen Unternehmen und Entwicklungsländern mit niedrigem Einkommen auf dem internationalen Markt (Summary of the Stocktaking Seminar on Small and Medium Enterprises and Low Income Developing Countries in the International Market Place)

Förderung des multilateralen Handelssystems, Diskussionspapier für die G20 (Advancing The Multilateral Trading System, Discussion Paper for the G20)

Regionale Handelsvereinbarungen und das multilaterale Handelssystem, Diskussionspapier für die G20 (Regional Trade Agreements and The Multilateral Trading System, Discussion Paper for the G20)

Bericht über „Integrative globale Wertschöpfungsketten – Politische Konzepte in Handel und ergänzenden Bereichen für die Integration globaler Wertschöpfungsketten durch kleine und mittelständische Unternehmen und Entwicklungsländer mit niedrigem Einkommen“ (Report on “Inclusive Global Value Chains-Policy Options in Trade and Complementary Areas for GVC Integration by Small and Medium Enterprises and Low-Income Developing Countries”)

Arbeitsmärkte der G20 2015: Stärkung der Verbindung zwischen Wachstum und Beschäftigung (G20 Labour Markets in 2015: Strengthening the Link between Growth and Employment)

Einkommensungleichheit und Lohnquoten in den G20-Staaten: Tendenzen, Auswirkungen und Ursachen (Income Inequality and Labour Income Share in G20 Countries: Trends, Impacts and Causes)

Der Beitrag der Arbeitskräftemobilität zum Wirtschaftswachstum (The Contribution of Labour Mobility to Economic Growth)

Lohnquoten in den G20-Volkswirtschaften (The Labour Share in G20 Economies)

Verbesserung der politischen Kohärenz in den Wachstumsstrategien und Beschäftigungsplänen der G20 (Enhancing Policy Coherence between the G20 Growth Strategies and Employment Plans)

Erzielung besserer Ergebnisse in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit: Kontrolle von Strategien und Fortschritten in den Volkswirtschaften der G20 (Achieving Better Youth Employment Outcomes: Monitoring Policies and Progress in G20 Economies)

Nationale Beschäftigungspläne der G20: Vorgeschlagenes Muster zur Selbstauskunft (G20 National Employment Plans: Proposed Self-Reporting Template)

Kontrolle der Fortschritte in der Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Arbeitsmarktbeteiligung (Monitoring Progress in Reducing the Gender Gap in Labour Force Participation)

Möglichkeiten für Aktivitäten der G20 zur Förderung von Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz für alle Menschen (Options for G20 Activities to Promote Safe and Healthy Workplaces for All)

Stärkung öffentlicher Arbeitsverwaltungen (Strengthening Public Employment Services)

Die Auswirkungen von Technik auf die Beschäftigung und die Folgen für öffentliche Arbeitsverwaltungen (The Effects of Technology on Employment and Implications for Public Employment Services)

G20-Kompetenzstrategie für die Entwicklung und Nutzung der im 21. Jahrhundert benötigten Fähigkeiten (The G20 Skills Strategy for Developing and Using Skills for the 21st Century)

Ungleichheit in den G20-Staaten: Ursachen, Auswirkungen und politische Antworten (Inequality in G20 Countries: Causes, Impacts and Policy Responses)

Festlegung von Zielen für bessere Ergebnisse in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit (Setting Objectives for Better Youth Employment Outcomes)

Zusammenfassendes Papier zur Selbstauskunft bezüglich der Umsetzung der Beschäftigungspläne der G20 (Synthesis Paper of Self-Reports on the Implementation of G20 Country Employment Plans)

Themen, bei denen weiterer Handlungsbedarf besteht

Wir sehen der weiteren Arbeit zu Investitionen, einschließlich einer Überprüfung durch die OECD und andere einschlägige internationale Organisationen zu unseren Investitionsstrategien im Rahmen unseres breiten Rahmenplans, erwartungsvoll entgegen.

Wir erwarten, dass der globale Infrastrukturknotenpunkt den Finanzministern und Zentralbankgouverneuren der G20 seinen Bericht zum Wissensaustausch bis April 2016 vorlegt.

Wir sehen der weiteren Arbeit zu Themen in Bezug auf die Optimierung der Bilanzen der multilateralen Entwicklungsbanken erwartungsvoll entgegen.

In Anerkennung der potenziellen Rolle, der Struktur der Verbindlichkeiten von Firmen für die Finanzmarktstabilität, fordern wir den FSB auf, auch in Zukunft mögliche systemische Risiken in dieser Hinsicht zu untersuchen und entsprechende politische Handlungsoptionen zu prüfen.

Wir ersuchen den FSB, weiter einen Dialog mit Teilnehmern aus dem öffentlichen und privaten Sektor zu der Frage zu führen, wie der Finanzsektor Risiken des Klimawandels berücksichtigen kann.

Aufbauend auf den Ergebnissen, die in ihrem jüngsten Bericht an die G20 präsentiert wurden, rufen wir die Arbeitsgruppe zur Geldwäschebekämpfung (FATF) auf, unseren Finanzministern und Zentralbankgouverneuren bei ihrem ersten Treffen 2016 über die Maßnahmen zu berichten, die die Staaten treffen, um die ermittelten Schwachpunkte zur Unterbrechung von Finanzierungsströmen in Bezug auf den Terrorismus anzugehen.

Ein stabiles und widerstandsfähiges internationales Finanzgefüge ist ein zentrales Element für die Stärkung eines starken, nachhaltigen und ausgewogenen Wachstums sowie der Finanzmarktstabilität. Wir ersuchen unsere Finanzminister und Zentralbankgouverneure, an diesem Thema zu arbeiten und uns bei unserem nächsten Treffen hierzu zu berichten.

Wir sind uns einig, dass globalen Gesundheitsrisiken wie Antibiotikaresistenzen, Bedrohungen durch ansteckende Krankheiten und schwachen Gesundheitssystemen Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Diese können beträchtliche Auswirkungen auf Wachstum und Stabilität haben. Aufbauend auf der Erklärung von Brisbane unterstreichen wir die Bedeutung einer koordinierten internationalen Soforthilfe und bekräftigen, dass wir entschlossen sind, diese Themen anzugehen, um die negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu bekämpfen, und werden die Mandate zur Beschäftigung mit diesem Thema auf dem G20-Treffen im nächsten Jahr diskutieren.

Danksagungen

Wir danken internationalen Organisationen, darunter die VN, der IWF, die Weltbankgruppe, die OECD, die WTO, die IAO, der FSB, die BIZ, die wertvolle Beiträge zum G20-Prozess geleistet haben. Wir danken ferner den Outreach-Gruppen Business 20, Civil Society 20, Labour 20, Think 20 und Youth 20 für ihre wertvollen Beiträge in diesem Jahr. Wir begrüßen die Einrichtung einer Outreach-Gruppe Women 20 und freuen uns auf ihre zukünftigen aktiven Beiträge.